

Aktuelle Urteile

Familien- und Erbrecht

Kein Splitting bei Lebenspartnerschaft
Partner einer eingetragenen Lebenspartnerschaft haben keinen Anspruch auf Durchführung einer Zusammenveranlagung zur Einkommenssteuer unter Anwendung des Splittingtarifs.
(BFH III R51/05)

Kosten für Schulaufenthalt in den USA
Bei den Kosten für einen USA-Aufenthalt einer Schülerin in der Jahrgangsstufe 11 handelt es sich um einen nicht notwendigen Sonderbedarf, dessen Finanzierung trotz Sinnhaftigkeit des Aufenthalts bei normalen Einkommensverhältnissen nicht verlangt werden kann.
(OLG Schleswig 15 UF 134/05)

Trennung besser anzeigen
Solange die Trennung der Eheleute dem Vertragspartner (Energienlieferanten) nicht angezeigt wird, haften sie gesamtschuldnerisch für die Energielieferung betreffend die (frühere) Ehwohnung.
(LG Oldenburg 5 S 590/04)

Miet- / Wohnungs- und Grundstücksrecht

Garderobe im Treppenhaus einer Wohnanlage
Das Anbringen einer Garderobe im Treppenhaus bedarf als Inanspruchnahme des Alleingebrauchs an Teilen des Gemeinschaftseigentums der Zustimmung sämtlicher Wohnungseigentümer.
(OLG München 34 Wx 160/05)

Hinweispflicht auf Insolvenz
Ist über das Vermögen des Mietinteressenten das Insolvenzverfahren eröffnet, so ist er verpflichtet, vor Abschluss eines Mietvertrags den potentiellen Vermieter ungefragt darüber aufzuklären, wie auch darüber, dass das Vormietverhältnis wegen Nichtzahlung des Mietzinses gekündigt wurde und er deshalb zur Räumung verurteilt worden ist.
(LG Bonn 6 S 226/05)

Vermieter müssen Rücksicht auf die mit der Lebensplanung ihrer Mieter einhergehenden Bedürfnisse nehmen
Dazu gehört insbesondere, dass betagten Mietern die Erlaubnis für die Haltung eines kleinen Hundes in einer Wohnung nicht verweigert werden darf, wenn damit keine Belästigung der Mitmieter verbunden ist.
(LG Hamburg 334 S 26/01)

Aufwendungsersatz kann verlangt werden
Führt der Mieter nach Vertragsende im Vertrauen auch seine vertragliche Verpflichtung aus dem Mietvertrag ohne Kenntnis der Unwirksamkeit der formularvertraglichen Abwälzung der Schönheitsreparaturpflicht Renovierungsarbeiten aus, kann er den Ersatz seiner Aufwendungen von dem Vermieter verlangen.
(LG Karlsruhe 9 S 279/05)

Vertragsrecht / Allgemeine Geschäftsbedingungen

Kein Widerrufsrecht beim Fertighausvertrag
Ein Vertrag, in dem sich ein Auftraggeber zur Lieferung und Errichtung eines Ausbauhauses gegen Teilzahlung verpflichtet, ist ein Werkvertrag. Ein Verbraucher kann daher einen solchen Vertrag nicht widerrufen und ist an seine Unterschrift gebunden.
(BGH VII ZR 183/04)

„Jahreswagen“ als Beschaffenheitsvereinbarung
Ein von einem Kraftfahrzeughändler als „Jahreswagen“ verkauftes Gebrauchtfahrzeug entspricht regelmäßig nicht der vereinbarten Beschaffenheit, wenn zwischen der Herstellung und der Erstzulassung mehr als 12 Monate liegen.
(BGH VIII ZR 180/05)

Kosten für Kostenvoranschlag?
Die formularmäßig bestimmte Vergütungspflicht von Kostenvoranschlägen ist mit dem wesentlichen Grundgedanken des § 632 Abs. 3 BGB nicht zu vereinbaren. Es benachteiligt den Kunden deshalb unangemessen. Eine solche Bestimmung ist unwirksam.
(OLG Karlsruhe 19 O 57/05)

Farbabweichung kann Sachmangel sein
Die Farbe eines Pkw gehört zu den Beschaffenheitsmerkmalen. Sie stellt ein äußeres Merkmal des Fahrzeugs dar, welches für den Käufer im Rahmen der Kaufentscheidung maßgeblich ist. Ergeben sich Abweichungen in der Farbe des bestellten zu dem tatsächlich gelieferten Fahrzeug, so kann der Käufer hierauf grundsätzlich Gewährleistungsansprüche stützen.
(OLG Köln 20 U 88/05)

Arglistige Täuschung beim Gebrauchtwagenkauf
Erklärt ein Gebrauchtwagenhändler einem Käufer beim Verkauf eines Pkw – zutreffend – der Wagen sei am 28.12.2000 erstmals – als Vorführwagen – zugelassen worden, so kann der Käufer gleichwohl den Vertrag wegen arglistiger Täuschung anfechten, wenn das Fahrzeug bereits im Februar 1998 hergestellt worden war.
(OLG Oldenburg 6 U 155/05)

Haftungs- und Versicherungsrecht

Vorsicht: Grobe Fahrlässigkeit
Grobe Fahrlässigkeit für den Diebstahl des Fahrzeuges ist zu bejahen, wenn der Schlüssel in den ungesicherten, problemlos zu öffnenden Briefkasten der Werkstatt an der Außenwand des Gebäudes eingeworfen wird, auf dessen Funktion durch Schilder überdies hingewiesen wird. Die Folge: Der Kaskoversicherer wird im Falle des Diebstahls von der Leistung frei.
(OLG Hamm 20 U 117/05)

Grob fahrlässig gehandelt
Verlässt ein Versicherungsnehmer seine Wohnung über Nacht und zieht er die mit Glasfenstern versehene Wohnungstür nur zu ohne sie abzuschließen, so verursacht er einen Einbruchdiebstahl grob fahrlässig, wenn der Täter eine schlossnahe Scheibe einschlägt, durchgreift und die Tür mit der sich im Inneren befindlichen Türklinke öffnet. Diese grobe Fahrlässigkeit führt zur Leistungsfreiheit des Versicherers.
(OLG Oldenburg 3 U 34/05)